

(Abgeordneter Dr. Böpkel.)

(A) standes, die müssen wir zurückweisen und gegen die müssen wir uns wenden. Aus diesem Grunde, glaube ich, haben wir alle Veranlassung, dem Boykott zu Leibe zu gehen. Dieses ist der schwerste Schaden der Unternehmer.

(Abgeordneter Fräßdorf: Auch gegen die Arbeiter!)

Gewiß, gegen die Arbeiter gerade so, ganz entschieden. Sie haben zweifellos ein Recht dazu, das zu verlangen, denn in ihren Kreisen wird ja am meisten boykottiert. Also der Boykott wird unzweifelhaft bekämpft werden müssen.

Dagegen werden wir dem Arbeiter nicht das Mittel nehmen können, das ihm seine Lohnerhöhungen vermittelt. Wir werden nicht dazu kommen dürfen, ihm den Streik zu rauben, und wie das Reichsgericht mit vollem Rechte gesagt hat: das Streikpostenstehen ist der natürliche Ausfluß dieses Koalitionsrechtes, so werden wir ihm das Streikpostenstehen, solange es in normalen Formen geschieht, nicht von Gesetzes wegen verbieten können. Aber was wir erreichen müssen, das ist, daß das Streikpostenstehen sich in ordnungsmäßigen Formen vollzieht.

Nun hat der Herr Abgeordnete Dr. Böhme uns ja auseinandergesetzt, warum er das Streikpostenstehen für gefährlich hält. Aber alle die Beispiele, die er angeführt hat, die Schädigungen, die verübt worden sind, haben (B) nur ergeben, daß man sie auch mit anderen Mitteln als mit dem Streikpostenstehen vornehmen kann. Er hat uns erzählt, wie einer boykottiert worden ist, wie man in die Familie des Lieferanten hineingegangen ist und auf die Familienmitglieder Einfluß geübt hat. Ja, kommt denn das alles vom Streikpostenstehen?

(Zuruf links.)

Das ist tatsächlich nicht die Folge des Streikpostenstehens, sondern das ist der Erfolg der Agitation und Organisation, die wir nicht angreifen, an die wir nicht herankommen können. Aber wir müssen die aus diesen Schädigungen erwachsenden Konsequenzen beseitigen, und aus diesem Grunde ist es ein Erfordernis, daß wir die, die diese Schädigungen anrichten, auch verantwortlich machen. Wir müssen ihnen die Rechtsfähigkeit verleihen, um sie verantwortlich für das zu machen, was sie schaden,

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

und eine Schadenhaftung feststellen, damit das, was von der Organisation verübt worden ist, auch wirklich gedeckt wird.

(Abgeordneter Fräßdorf: Sie möchten unser Geld haben!)

Wenn wir die Kämpfe der letzten Jahre im Blicke überfliegen, so müssen wir das eine feststellen: je größer die

Organisation wird, desto weniger ist sie geneigt, einen (C) Streik zu erklären. Die Verantwortung, die in dem großen Vermögen liegt, das hinter der Organisation steht, die zwingt den Führer der Organisation, vorsichtig zu sein und die Auseinandersetzung nur auf Fälle zu beschränken, wo wirklich Lebensfragen im Spiele sind. Diese Kämpfe werden aber dann entsprechend erbittert geführt, und das fordert auf der anderen Seite, auf der Seite des Unternehmers, eine entsprechende Gegenmaßnahme. Es ist Pflicht des Unternehmers, daß auch er sich in Phalanx stellt, wie der Arbeiter sich in Phalanx stellt,

(Sehr richtig!)

und es werden in demselben Umfange, in dem die Organisationen erstarken, auch die Kleinkriege abnehmen und nur die großen Auseinandersetzungen noch notwendig werden. Die Unternehmerschaft hat sich organisiert, sie kann dieser Organisation nicht entraten. Sie darf infolgedessen auch dem Arbeitertum diese Organisation nicht rauben, aber in dem Maße, in dem sie stärker wird, wird auch auf seiten der Arbeiterschaft die Verantwortung vor dem Eintritt in einen Kampf steigen. Es wird also unzweifelhaft, wenn auch einige Erscheinungen dies zu bestreiten scheinen, der künftige soziale Frieden in dem Maße steigen, in dem sich Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gleichwertig mit ihren Kräften gegen- (D) überstehen.

(Sehr richtig!)

Dies ist das Ziel, worauf die nationalliberale Fraktion insbesondere hinzuwirken gedenkt.

(Abgeordneter Hettner: Sehr richtig!)

Mit gesetzlichen Maßnahmen ist hier nichts zu tun, hier ist ein Gebiet, wo die Selbsthilfe eingreifen muß.

(Abgeordneter Merkel: Sehr richtig!)

Es wird sicher der Lohn, der hier aus einem Verzicht auf Sonderinteressen in Unternehmerkreisen errungen wird, reichlich das einbringen, was man etwa an Kleinigkeiten preisgegeben hat. Dorthin muß der Weg führen. Das Gesetz kann uns nur vor Ausschreitungen sichern, es darf sich aber nicht in den Kampf einmengen und diesen Kampf einseitig lösen und entscheiden wollen.

Wenn wir nun aber die Verwaltung des Staates in Anspruch nehmen, um den Formen, die diese Kämpfe annehmen, die gesetzliche Gestalt zu erhalten, so geschieht das nicht in scharfmacherischer Tendenz. Der Herr Abgeordnete Brodauf hat uns in unserem Antrage eine scharfmacherische Stelle vorgeworfen dort, wo wir sagen, es solle eine Art Streikpolizei ausgebildet werden. Ich glaube, da irren Sie. Gerade der Verkehr mit der Masse ist ja